



Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

Die generationengerechte Partei

Ein 10-Punkte-Plan



INHALT

Einleitung	2
10-Punkte-Plan für generationengerechte Parteien	4
1. Mehr Macht den Mitgliedern	4
2. Zwischenstufe von Mitgliedschaft und Nicht-Mitgliedschaft	4
3. Online-Mitarbeit	5
4. Themenbezogenes Engagement ermöglichen	5
5. Think Tank werden	6
6. Ortsgebundenheit auflösen	7
7. Parteitage reformieren	7
8. Rotation bei den Ämtern	8
9. Finanzielle Unterstützung von Kandidat*innen	8
10. Kultur des Scheiterns verbessern	8
Literatur	10
Über die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG)	11

Einleitung

Neues Jahr, alte Diskussionen: Wohl noch in keinem Jahr der jüngeren Geschichte haben junge Generationen, angesichts eines zunehmenden Umwelt- und Klimabewusstseins, so stark auf ihre Bedürfnisse aufmerksam gemacht wie 2019 (Albert/Hurrelmann/Quenzel 2019). Exemplarisch hierfür stehen „Fridays for Future“, die es geschafft haben, Millionen Menschen für eine generationengerechte und zukunftssichernde Klimapolitik auf die Straße zu bekommen und eine Generation zu politisieren. Das spiegelt sich auch in der Statistik wieder: 41% der befragten Jugendlichen in der Shell Studie 2019 stufen sich als politisch interessiert ein, was im Vergleich zu den Ergebnissen der Jahre 2002, 2006 und 2010 eine signifikante Steigerung darstellt (Albert/Hurrelmann/Quenzel 2019). Der aktuelle Mitgliederzuwachs der Grünen belegt dieses noch einmal ausdrücklich (Niedermayer 2019: 29). Die Klima-Angst vieler junger Menschen ist nicht unbegründet. Eine heute 18-jährige Person verbringt statistisch gesehen mehr als die Hälfte ihres Lebens nach dem Jahr 2050¹ und wird somit die Konsequenzen der heute getroffenen politischen Entscheidungen austragen müssen. Dennoch werden junge Menschen bei (klima-)politischen Entscheidungsfindungen weniger berücksichtigt, als ältere Generationen. Woran liegt das?

Das politische Engagement junger Menschen begrenzt sich häufig auf die Mitarbeit in Organisationen oder anderen Alternativen zu Parteien, obwohl die Wirkungsmacht ihrer Arbeit in Parteien größer wäre. Dies wirft die Frage auf, wie Strukturen von alt-eingesessenen Parteien für junge Menschen interessanter gestaltet werden können (Köbe 2019: 25). Die fehlende Mitarbeit junger Menschen in Parteien ist kein rein nationales Problem: Diese Tendenz lässt sich weltweit erkennen (Krook & Nugent 2018: 60ff.). Dabei gehen aus der Parteiarbeit wesentliche Initiativen und Ideen hervor, denen durch Wahlen politische Macht verschafft werden kann. So können Veränderungen in der Politik erreicht werden. Doch das Image der Politik hat gelitten – und damit auch die Attraktivität der Parteien.

In Befragungen erhält die Demokratie als Staatsform regelmäßig gute Noten. Gleichzeitig äußern sich viele Befragte abschätzig gegenüber der Politik. Sie gilt als schmutziges Geschäft. In einer repräsentativen Umfrage wurden die Wahlberechtigten befragt, ob bestimmte Berufsgruppen „sehr viel“, „viel“, „etwas“, „wenig“ oder „sehr wenig“ Respekt in der Gesellschaft genießen. Dabei schnitt die Berufsgruppe der Politiker*innen schlecht ab (Kantar 2018). Aber ohne Menschen, die sich politisch engagieren, kann unsere heutige Demokratie langfristig nicht funktionieren. Der Klimawandel, die Innere Sicherheit, der demografische Wandel und die digitale Revolution – wie sollen wir als Gesellschaft mit all diesen schweren und teils unüberschaubaren Themen umgehen? Wie können wir sie gestalten? **Antworten auf diese Fragen zu finden, ist ein stetiger Prozess, bei dem Parteien**

¹ Also in einer 1-3,7°C wärmeren Welt. Welche anderen Auswirkungen die Erderwärmung auf das Leben in 2050 hat, können Sie auf S. 13ff. unseres PP „Generationengerechten Klimapolitik“ lesen.
https://generationengerechtigkeit.info/wp-content/uploads/2019/04/PP_Generationengerechte-Klimapolitik.pdf.

eine wichtige Rolle spielen. Alt und Jung müssen ihr Wissen und ihre Ideen gleichermaßen dort einbringen können.

Doch aktuell lässt sich in der Politik ein immer weitreichenderer Graben erkennen: Die Älteren machen Politik, die jüngere Generation bleibt außen vor. Ein Blick auf das durchschnittliche Alter der Mitglieder der etablierten deutschen Parteien gibt einen Anhaltspunkt hinsichtlich der Vertretung junger Menschen: Im Jahr 2018 betrug in der CDU, CSU und in der SPD das Durchschnittsalter der Parteimitglieder 60 Jahre. Bei der Partei DIE LINKE waren es 55, in der FDP 52 und in der Partei Bündnis 90/Die Grünen 49 Jahre. Die Unterrepräsentation der Bevölkerungsgruppe der bis zu 30-Jährigen ist in den Parteien CDU, SPD und CSU am deutlichsten zu erkennen (Niedermayer 2019: 43f.). Zusätzlich sinken die Mitgliederzahlen der etablierten Parteien rapide. Die FDP, DIE LINKE und die SPD haben seit den 1990er Jahren über die Hälfte ihrer Mitglieder verloren. Auch die CDU muss in diesem Zeitraum einen Verlust von 47,5 % wahrnehmen. Ein Trend, der sich immer weiter fortsetzt. Lediglich die Grünen und die noch junge AfD können einen Zuwachs an Mitgliedern verzeichnen. Diese Tatsache kann die Abwärtsspirale bei den Parteimitgliedschaften insgesamt trotzdem nicht aufhalten (Niedermayer 2019).

Für die Stiftung der Rechte zukünftiger Generationen steht daher fest:

Die Parteien müssen generationengerecht sein und handeln. Dazu müssen sie sich verstärkt auf die Gewohnheiten, Denk- und Arbeitsweisen von jungen Menschen einstellen und ein Umfeld schaffen, in dem Vertreter*innen der jungen Generation in Parteien mitarbeiten wollen.

In diesem Papier betrachten wir Parteien insgesamt. Auch wenn jede einzelne Partei vor spezifischen Problemen und Herausforderungen steht, hat bislang noch keine ein Rezept gegen die Tendenzen zur Überalterung (oder genauer: „Unterjüngung“) in den eigenen Reihen gefunden. „Generationengerecht“ beziehen wir in diesem Positionspapier nicht auf politische Forderungen, sondern darauf, ob es jungen Menschen möglich ist, politischen Einfluss in den Parteien auszuüben.

Wir haben einen 10-Punkte-Plan aufgestellt, der dabei helfen soll, wieder mehr junge Menschen für ein Engagement in demokratischen Parteien zu begeistern.

10-Punkte-Plan für generationengerechte Parteien

1. Mehr Macht den Mitgliedern

Wirkliche Entscheidungsmacht ist das, was meist die Attraktivität eines Partei-Engagements für Mitglieder ausmacht. Oft wird erwartet, dass Mitglieder sich viele Stunden pro Woche mit Themen auseinandersetzen, auf die sie letztendlich keinen Einfluss nehmen. Wer außerdem arbeitet, Kinder hat und sich sozial engagiert, hat – schlicht aus Zeitgründen – keine Chance in einer Partei aufzusteigen. Kein Wunder, dass sich demnach nur wenige junge Menschen in den Parteien engagieren. Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen fordert deshalb alle Parteien dazu auf, ihren Mitgliedern mehr Rechte und Entscheidungshoheit zu geben, um der Parteimitgliedschaft einen großen Mehrwert zu verschaffen. Nur so kann dauerhaft eine generationengerechte Politik gemacht werden. Reine Unterstützungs- und Bekenntnis-Mitgliedschaften werden zunehmend unattraktiv. Deswegen müssen die Parteien auf der einen Seite Instrumente wie Urabstimmungen über Kandidat*innen oder inhaltliche Ausrichtung deutlich ausbauen. Gerade die Mitgliederabstimmungen über die Vorsitzenden der Grünen oder die neuen Vorsitzenden der SPD, bei der die von der Jugend favorisierten Kandidat*innen gewonnen haben, haben den Mehrwert dieser Instrumente eindrucksvoll gezeigt. Die Junge Union hingegen forderte bei der Kanzlerkandidat*innen-Frage eine Urwahl, jedoch entschieden die Delegierten des CDU-Parteitags in Leipzig mit großer Mehrheit dagegen (CDU 2019).

2. Zwischenstufe von Mitgliedschaft und Nicht-Mitgliedschaft

Die Parteien brauchen eine Zwischenstufe zwischen Mitgliedschaft und Nicht-Mitgliedschaft. Gerade für die junge Generation stellt der Schritt, Mitglied in einer Partei zu werden, eine **große Hürde dar**. Eine Ursache hierfür ist die Unklarheit darüber, was von einer Mitgliedschaft zu erwarten ist. Wenige möchten sich im Vorhinein verpflichten einer Partei langfristig beizutreten, ohne die Mitglieder vor Ort kennenzulernen und zu wissen, ob man politisch zusammenpasst. Bislang schaffen es die Parteien nur unzureichend, auf diesen Umstand zu reagieren und die Jüngeren an eine Mitgliedschaft heranzuführen. Einen ersten Schritt gehen die SPD, die CSU und DIE LINKE: Sie bieten seit einigen Jahren die Möglichkeit, für eine bestimmte Zeit Gastmitglied zu werden. Dies ist verbunden mit dem Recht, an Mitgliederversammlungen teilzunehmen und dort Rede-, Antrags- und Personalvorschlagsrecht zu erhalten. Eine Alternative zur Probemitgliedschaft bietet die CDU Rheinland-Pfalz, in der langjährige Mitglieder für zwei Jahre den Mitgliedsbeitrag der Neuen übernehmen können. Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen fordert, **das Parteiengesetz² bezüglich des Stimmrechts zu überarbeiten**.³ Denn das Stimmrecht ist von der Erfüllung

² § 13 Zusammensetzung der Vertreterversammlungen; § 10 Rechte der Mitglieder (1), (2).

³ In diesem Zusammenhang möchten wir die Parteien ermutigen, die Vor- und Nachteile offener Spitzenkandidatenwahlen zu diskutieren und entsprechende zeitlich begrenzte Experimente zu wagen, um

der Beitragspflicht abhängig, die Gastmitglieder nicht erfüllen. Des Weiteren sollen die Parteien ihre Satzungen überarbeiten, sodass auch Probe-Mitgliedern politische Partizipation ermöglicht wird. Das ist nötig, da Satzungen festlegen, wer Wahl- oder Stimmrecht hat. Neben den Parteien sollten sich auch die politischen Jugendorganisationen anpassen und beitragsfreie Mitgliedschaften auf Probe ermöglichen. Generell könnten spezielle Rechte für Jugendorganisationen, wie z.B. die Besetzung jedes 4. Listenplatzes, die Attraktivität der Parteiarbeit beim jungen Publikum steigern. Nach Alter und Einkommen gestaffelte Beiträge, sowohl in Jugendorganisationen als auch in den Parteien, könnten demnach auch die finanzielle Hürde eines Parteibeitritts reduzieren.

3. Online-Mitarbeit

Während 94 % aller deutschen Haushalte einen Internetzugang haben⁴, verschlafen Parteien das Potenzial digitaler Partizipations- und Einflussmöglichkeiten. Noch immer findet die Parteiarbeit überwiegend analog statt. Bei Mitgliederversammlungen und Parteitagen herrscht Anwesenheitspflicht. Zwar gibt es inzwischen digitale Beitrittsformulare, aber insgesamt nur wenige Möglichkeiten zur **digitalen Partizipation**. Für die mobile und digitale junge Generation ist die Offline-Mitarbeit weder attraktiv noch anerkannt. Wer häufig umzieht, viel arbeitet oder eine Familie gründet, kann nicht mehrmals pro Woche Sitzungen besuchen. Wer aber bei diesen Treffen nicht anwesend ist, darf meist auch nicht mitentscheiden. Die Parteien müssen daher die Möglichkeiten der Online-Mitarbeit deutlich und schnell ausbauen.⁵ Die SPD ist mit ihrem Debattenportal einen ersten Schritt für mehr Online-Partizipation ihrer Mitglieder gegangen. Solche Konzepte müssen gestärkt und ausgeweitet werden. Für die Abstimmung per Mausklick müsste §15 Abs.2 des Parteiengesetzes überarbeitet werden.

4. Themenbezogenes Engagement ermöglichen

Das zunehmende Engagement junger Menschen in NGOs zeigt, dass diese bereit sind, **sich themenbezogen zu engagieren**. Hieraus entsteht eine große Chance für Parteien – sie

diese anschließend zu evaluieren. Auch hier wären Änderungen des Parteiengesetzes notwendig. In den USA und teilweise auch in Frankreich gibt es mit den *Primaries* bzw. den *primaires citoyennes* mitunter auch für Nicht-Parteimitglieder die Möglichkeit, sich an den Vorwahlen für die Präsidentschaftswahlen zu beteiligen. Nun haben wir in Deutschland ein parlamentarisches und kein (semi) präsidentielles Regierungssystem, d.h. auf solch eine Vorwahl würde keine Direktwahl der Kanzlerin oder des Kanzlers oder des überparteilichen Staatsoberhauptes folgen. Trotzdem könnten offene Spitzenkandidatenwahlen die Demokratie in Deutschland beleben, die politische Partizipation auch junger Menschen erhöhen und Wähler*innen stärker an die Parteien heranführen. Zu diskutierende mögliche Nachteile wäre eine geringere Motivation, Parteimitglied zu werden, wenn man auch so über das Spitzenpersonal mitbestimmen kann sowie eine längere, kräftebindende Wahlkampfphase mit höherer Kandidat*innenorientierung und Personalisierung zu Lasten von Sachorientierung und -politik.

⁴ Stand 2018 (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/153257/umfrage/haushalte-mit-internetzugang-in-deutschland-seit-2002/>).

⁵ Trotz ihres weitgehenden Scheiterns am Ende stellt die Piratenpartei ein positives Beispiel für die Attraktivitätssteigerung einer Partei durch digitale Partizipationsmöglichkeiten dar.

muss nur genutzt werden. Ein Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen Partei und Nicht-Mitgliedern mit Potential ist das CDU-Projekt „Meine Idee für Deutschland – Ich schreibe Zukunft“. Bürger*innen konnten bundesweit bei der Entwicklung des Regierungsprogramms zur Bundestagswahl 2017 konkret aktiv werden, indem sie Vorschläge einsandten, ohne selbst Mitglied zu sein. Diese Möglichkeit bieten die Parteien aber bislang kaum an. Zusätzlich zur Öffnung der Strukturen müssen diese auch vereinfacht werden, um die Integration von Neu-Mitgliedern in den komplexen Organismus der Parteien zu erleichtern. Jeder, der in eine Partei eintritt, steht erst einmal vor unzähligen neuen Begriffen und strukturellen Gegebenheiten. Für viele neue Mitglieder, vor allem für jüngere, sind etwa die Unterschiede zwischen Ortsverein, Kreis, Mitgliederversammlung, Parteikonvent oder Unterbezirk nicht nachvollziehbar. Oft dauert es Jahre, bis Mitglieder wirklich verstehen, wo und wie sie sich einbringen können.

Um erfolgreich themenbezogenes Engagement zu ermöglichen, ist eine effektive Kommunikation innerhalb der Parteien unerlässlich. Junge Menschen benutzen andere Kommunikationsmittel als frühere Generationen. Dies sollte sich auch in ihrer Parteiarbeit widerspiegeln. Viele Parteien haben bereits innovative Kommunikationsmethoden eingeführt, zum Beispiel interaktive Videokonferenzen und Kommunikation via Social-Media. Hier ist jedoch definitiv mehr Potenzial, die Strukturen zu vereinfachen (Köbe 2019). Wie kann man sich zu Wort melden? Welche Rolle erfüllt eine Antragskommission? Wie stellt man Anträge? Welche Form muss ein Antrag haben? Wo muss man einen Antrag einbringen? **Die Strukturen der Parteien müssen insgesamt auf den Prüfstand gestellt und deutlich vereinfacht werden.**

5. Think Tank werden

Das gestiegene themenspezifische Engagement der jungen Generation bietet für die Parteien eine große Chance, wenn sie diesen Themen und neuen Ideen genug Raum geben. Deshalb müssen sich die Parteien zu richtigen Denkfabriken und Laboren weiterentwickeln, um wieder generationengerecht zu werden. Junge Menschen treten nur dann in Parteien ein, wenn sie auch politisch mitarbeiten, gestalten und Themen auf der Partei-Agenda setzen können. Der Ortsverein, der Grundpfeiler der Parteien, hat sich im Laufe der Zeit immer weiter entpolitisiert. Statt politische Entscheidungen zu treffen, entwickeln sich Ortsvereine immer mehr zu Stammtischen, bei denen vor allem Kleinigkeiten und Banalitäten besprochen werden. Dabei brauchen die Parteien neue Mitglieder, um frische, politische Ideen zu entwickeln. Die Parteien müssen ihren Mitgliedern **Raum bieten, neue politische Konzepte und Impulse zu entwickeln. Die einfachen Mitglieder müssen zu einer Säule der inhaltlichen Positionierung der Partei werden.**

6. Ortsgebundenheit auflösen

Wenn man in eine Partei eintritt, wird man automatisch Mitglied des Ortsvereins an seinem Wohnsitz. Die zu Grunde liegende Idee: Mitglieder sollen dort aktiv sein, wo sie leben. Ein Wechsel in einen anderen Ortsverein ist nur mithilfe eines Antrags auf eine Ausnahmeregelung möglich. Was für den ländlichen Raum durchaus sinnvoll ist, um die Parteistruktur in der Breite zu sichern, ist für Ortsgruppen innerhalb einer Stadt hinderlich. Nach Ansicht der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen ist das **Prinzip der Ortsgebundenheit veraltet und sollte aufgelöst werden**. Die heutige junge Generation ist mobiler denn je und viel an bundesweiten oder globalen Fragen interessiert – darauf sollten sich auch die Parteien einstellen und zum Beispiel „virtuelle Ortsvereine“ einrichten.

Außerdem verhindert das Ortsprinzip einen positiven Konkurrenzkampf zwischen den Ortsvereinen. Müssten diese um Neu-Mitglieder kämpfen, wäre das ein Ansporn für Innovation und attraktive Angebote. Interessent*innen könnten so wählen, welcher Ortsverein für sie der richtige ist. Zumindest für einzelne Ortsgruppen innerhalb einer Stadt könnte die Auflösung des Ortsprinzips daher eine Verbesserung darstellen – auch wenn dafür das Parteiengesetz geändert werden muss.⁶ Des Weiteren würde die Möglichkeit einer reinen Online-Mitgliedschaft – wie es zum Beispiel die CSU 2019 beschlossen hat – die Mitgliederrechte auch ortsunabhängig stärken. Um reine Online-Mitgliedschaften zu vollwertigen Mitgliedschaften zu machen, muss auch hier das Parteiengesetz geändert werden.

7. Parteitage reformieren

Parteitage haben sich bewährt und gelten als höchstes und wichtigstes Entscheidungsgremium für Parteien. Trotzdem steht die große Zeitspanne zwischen den Parteitagungen, die medial stark beachtet werden, in der Kritik. Die Bundesparteitage finden oft nur alle zwei Jahre statt. Für wichtige, und vor allem aktuelle Probleme fällt die Entscheidungsfindung daher schwer. So muss innerhalb zweier Parteitage über alle Themen debattiert und ein neuer Vorstand gewählt werden. Unter einem so starken Zeitdruck und den langen Redezeiten der Parteispitzen leiden vor allem Delegierte und Mitglieder, die nicht viel Einfluss haben und somit nicht zu Wort kommen. Mitglieder ohne Delegierten-Status haben in der Regel keine Rede- und Stimmberechtigung. Somit liegt die Entscheidungsmacht einer ganzen Partei bei einer kleinen Selektion an Parteifunktionär*innen. Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen fordert deshalb die Parteien auf, sich **neue Formate zu überlegen**, um auch kurzfristige Entscheidungsfindungen in Gang zu setzen. Die Häufigkeit und Länge von Parteitagungen ist in den Satzungen der Parteien festgelegt. Für eine schnellere Entscheidungsfindung wäre eine Satzungsänderung vonnöten. Instrumente wie parallel stattfindende „kleine Parteitage“ oder auch die Verteilung von Mitspracherecht für Delegierte anhand eines „Rankingverfahrens“ müssen weiter ausgebaut werden. Urabstimmungen, Petitionen und Themenlabore, wie sie auf Bundesebene beispielsweise von den Grünen und

⁶ Parteiengesetz § 7 (1), (2).

der CDU angeboten werden, sind weitere Möglichkeiten, die zukünftig das starre und hierarchische Instrument des Parteitages ergänzen müssen.

8. Rotation bei den Ämtern

Parteiamter werden teilweise über Jahrzehnte behalten. Deshalb müssen Parteien für eine zunehmende Rotation bei den Mandats- und Amtsträger*innen sorgen. Sonst bleiben Innovation und Nachwuchsförderung auf der Strecke. Die Dringlichkeit, auch jungen Menschen den Zutritt zu höheren politischen Ämtern zu gewähren, zeigen Winsvold et al. auf: Junge Politiker*innen, die einmal ein politisches Amt innegehabt haben, planen oft erneut zu kandidieren (vgl. Krook/Nugent 2018: 64f., Winsvold et al. 2017: 307). Die Senkung des Mindestalters für politische Ämter kann also die politische Ambition junger Menschen steigern (Krook/Nugent 2018: 64f.). Mendel und Kleemann weisen in diesem Zusammenhang auf die positive Korrelation zwischen einem jungen Alter beim ersten gewählten Amt und einer späteren führenden politischen Position hin (vgl. Krook/Nugent 2018: 65; Mandel/Kleemann 2004: 7). Deswegen fordert die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen eine **Nachwuchsquote in Parteien**. Bei der Listenaufstellung der Parteien sollten mindestens 20 Prozent der Kandidat*innen auf den vorderen Plätzen unter 35 Jahre alt sein (Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen 2015). Bis auf einige Landesverbände der Grünen, die mit der „Neuenquote“ der Forderung der SRzG nahekommen, sehen andere Parteien keinen Mehrwert darin. Alternativ zu einer Nachwuchsquote ist eine Begrenzung der Amtszeiten für Parteiamter zu erwägen.

9. Finanzielle Unterstützung von Kandidat*innen

Junge Kandidat*innen dürfen bei der Finanzierung ihres Wahlkampfes nicht alleingelassen werden. Was viele nicht wissen: Wenn man Kandidat*innen einer Partei bei einer Bundes-, Landtags- oder Kreiswahl wird, muss man für den eigenen Wahlkampf privates Geld an die Parteien zahlen. Für viele junge Menschen bedeutet dies ein finanziell bedingtes Ausschlusskriterium für eine Kandidatur. Jedoch sollten nicht nur wohlhabende Mitglieder, die ihren eigenen Wahlkampf finanzieren könnten, kandidieren. Hier liegt es an den Parteien die jungen Mitglieder, die sich für eine Kandidatur aufstellen lassen, finanziell zu unterstützen. Bisher ist diese Unterstützung nicht flächendeckend und jede Partei hat eigene Mechanismen, die das Maß und die Umstände der Unterstützung bestimmen. Eine parteiübergreifende Regelung für Wahlkampffonds könnte Abhilfe schaffen. Eine zeitgemäße Alternative wären Crowdfunding-Plattformen. Dabei funktioniert dieses System laut der CDU Thüringen und den Jungen Liberalen am besten dann, wenn die Kandidierenden authentisch sind und die Crowdfunding Aktionen selber durchführen.

10. Kultur des Scheiterns verbessern

Was haben Andrea Nahles, Martin Schulz und Andrea Fischer gemeinsam? Richtig! Alle drei verzeichneten einen höchst öffentlichen, politischen Misserfolg und sind seit jeher, zumindest politisch, keine Schwergewichte mehr. Was die Wirtschaftspolitiker*innen der Par-

teien bereits seit Langem von der Wirtschaft fordern, müssen sie auch in den eigenen Reihen beherzigen. Parteien müssen auch das **Scheitern erlauben**. Wer aktuell in Parteien für eine Position antritt und nicht gewählt wird, dem hängt schnell ein Makel der Niederlage an. Dadurch schrecken vor allem junge Menschen davor zurück, für Ämter zu kandidieren. Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen macht sich deshalb für eine Kultur des Scheiterns in allen demokratischen Parteien stark. Wählen heißt Auswählen!

Wollen die etablierten Parteien den Anschluss an die junge Generation nicht verpassen, sollten sie die genannten Punkte beherzigen:

Offene Strukturen, mehr Beteiligungsmöglichkeiten, Digitalisierung und die Finanzierung aufstrebender, junger Kandidat*innen machen Parteien attraktiv für den politischen Nachwuchs. Gleichzeitig können die Parteien damit ihrem Mitgliederschwund entgegenwirken und die Stimmen junger Wähler*innen gewinnen.

Liebe Parteien: Werdet zukunftsfähig!

Literatur

Albert, Mathias/Hurrelmann, Klaus/Quenzel, Gudrun (2019): 18. Shell Jugendstudie. Jugend 2019. https://www.shell.de/ueber-uns/shell-jugendstudie/_jcr_content/par/toptasks.stream/1570810209742/9ff5b72cc4a915b9a6e7a7a7b6fdc653cebd4576/shell-youth-study-2019-flyer-de.pdf, letzter Zugriff: 30.12.2019.

CDU (2019): Keine Urwahl bei der CDU. <https://www.cdu.de/artikel/keine-urwahl-bei-der-cdu>, letzter Zugriff: 12.02.2020.

Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz), <https://www.gesetze-im-internet.de/partg/PartG.pdf>, letzter Zugriff: 19.02.2020.

Kantar (2018): Trust in Professions 2018. <https://www.marktforschung.de/aktuelles/marktforschung/vertrauensskala-in-deutschland-politiker-bilden-schlusslicht/>, letzter Zugriff: 26.12.2019.

Köbe, Philipp (2019): How political organisations can become more attractive to young adults. In: *Intergenerational Justice Review*, 5 (1), 24-36.

Krook, Mona Lena/Nugent, Mary K. (2018): Not Too Young to Run? Age requirements and young people in elected office. In: *Intergenerational Justice Review*, 4 (2), 60-67.

Niedermayer, Oskar (2019): Parteimitglieder in Deutschland, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 30, Berlin. https://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/team/ehemalige/Publikationen/schriften/Arbeitshefte/Arbeitsheft-Nr-30_2019.pdf, letzter Zugriff: 30.12.2019.

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (2015): Nachwuchsquoten in Parteien und Parlamenten. Warum die Mitbestimmung junger Menschen durch Quoten sinnvoll ist. Online unter http://www.generationengerechtigkeit.de/images/stories/Publikationen/positionspaposit/pp_040915.pdf, letzter Zugriff: 11.01.2020.

Tremmel, Jörg (2012): Eine Theorie der Generationengerechtigkeit. Münster: mentis Verlag.

Über die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG)



Stiftung für die Rechte
zukünftiger Generationen

Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) ist eine advokatorische Denkfabrik an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik und gilt als „bekanntester außerparlamentarischer Think Tank in Sachen Generationengerechtigkeit“ (Wirtschaftswoche). Sie wurde 1997 von einer überparteilichen Allianz fünf junger Menschen im Alter von 18 bis 27 Jahren ins Leben gerufen, wird von einem der jüngsten Stiftungsvorstände Deutschlands geleitet und verfolgt das Ziel, durch praxisnahe Forschung und Beratung das Wissen und das Bewusstsein für Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu schärfen. Die Stiftung ist finanziell unabhängig und steht keiner politischen Partei nahe.

UNTERSTÜTZEN SIE UNS MIT IHRER SPENDE!

per Überweisung:

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

GLS Gemeinschaftsbank eG

IBAN: DE64 4306 0967 8039 5558 00

BIC (SWIFT-CODE): GENODEM1GLS

...oder auf generationengerechtigkeit.info/unterstuetzen/

IMPRESSUM

Herausgeberin: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen
Mannspergerstr. 29, 70619 Stuttgart, Deutschland
Tel: +49 711 28052777
Fax: +49 3212 2805277
E-mail: kontakt@srzg.de
generationengerechtigkeit.info

Redaktion: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen
Autor: Moritz Czygan, Yannick Haan, Sarah Abraham
Mitarbeit: Carl-Georg Luft, Thomas Betten, Michael Rose, Jörg Tremmel

Design: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen
Bildnachweis: Titelseite: geralt / pixabay

© Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

April 2017

Aktualisiert: Februar 2020